

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	221/2019	Gemeinsamer Antrag der NBF/NBL- und b-now-Fraktion zu Klimaschutz im Straßenbau	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung Verweisung an Bauausschuss

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	330/2019	Antrag der NB-Fraktion auf Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Neu-Anspach	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Möglichkeiten der Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Neu-Anspach zu prüfen und hierfür Kontakt sowohl mit den Tankstellenbetreibern, als auch mit Förderfirmen und den zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene aufzunehmen. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	230/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Grünflächenmanagement - Pflege städtischer Rasenflächen, Hecken und Bäumen	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, bis November 2020 für die Innenbereichs- und die Ausgleichsflächen und bis November 2021 für die Außenbereichsflächen eine Vorlage bezüglich des Grünflächenmanagements hinsichtlich der Pflege von Rasenflächen, Hecken und Bäumen der Stadt Neu-Anspach unter Hinzuziehung sachkundiger Berater vorzubereiten und den Gremien zur Beratung vorzulegen. 31.12.2022

Antwort der Verwaltung Teil 1, Innenflächen
siehe Bauausschuss 25.11.2020, TOP 2.1
Teil 2, Ausgleichsflächen im Außenbereich
siehe Haushaltsberatungen Dezember 2021
Teil 3, Außenbereichsflächen

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.3	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	110/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme bestimmter Einzelpunkte zur Einarbeitung in das Haushaltssicherungskonzept	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, eine Überprüfung hinsichtlich der Reduzierung des Betrages für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, der allein durch den Magistrat entschieden werden kann (aktuell 50.000 Euro) vorzunehmen. Das Ergebnis ist dem Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen 31.12.2021

Entscheidung vorzulegen.
 Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab, den Magistrat zu beauftragen, eine Überprüfung hinsichtlich der Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros angesichts der derzeitigen Lage und auch dauerhaft (z.B. können die Früh- und Spätöffnungszeiten auf jeweils halbtags 5 Stunden verkürzt werden) vorzunehmen.
 Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab, den Magistrat zu beauftragen, die Erstellung eines Nachtrags-Haushaltsplans unverzüglich in Angriff zu nehmen, sollte der um die nachgeforderten Unterlagen ergänzte Haushaltsplan 2020 genehmigt werden.
 Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Überarbeitung/Würdigung der aktuellen Vergaberichtlinien zu beauftragen. Das Konzept ist über den parlamentarischen Lauf der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.



Antwort der Verwaltung

Teilbeschluss 1:
 Teilbeschluss 2: abgelehnt
 Teilbeschluss 3: abgelehnt
 Teilbeschluss 4: siehe StaV 03.12.2020, TOP 3.5

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	114/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Bürgerversammlung und Abklärung inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ mit einer Ökokontomaßnahme geschützt werden kann	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass zunächst eine Ortsbegehung im Rahmen einer Sitzung des Bauausschusses stattfinden möge und alle zuständigen Behörden entsprechend beteiligt/angehört werden. Dabei ist u.a. die Frage zu klären, inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ in Verbindung mit einer Ökopunktemaßnahme auf Dauer geschützt werden kann. Danach soll eine Bürger-Informations-Veranstaltung bzw. Bürgerversammlung im Stadtteil Westerfeld durchgeführt und entsprechende Informationen gegeben werden.

31.03.2022



Antwort der Verwaltung

Die Ortsbegehung hat in der Sitzung des Bauausschusses am 08.07.2020 stattgefunden.
 Die Bürgerversammlung zum Thema sollte am 30.10.2020 stattfinden, wurde pandemie-bedingt jedoch abgesagt. Sehr wahrscheinlich wird erst in 2021 wieder eine Bürgerversammlung stattfinden können.
 Die Bürgerversammlung zum Thema sollte am 26.11.2021 stattfinden, wurde pandemie-bedingt jedoch erneut abgesagt. Für den 25.03.2022 ist jetzt die nächste Bürgerversammlung terminiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	108/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung der Möglichkeit zur Videoübertragung von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Möglichkeit der Videoübertragung, alternativ einer reinen Audioübertragung, von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse zu prüfen. Hierbei sollen zunächst die anfallenden Kosten der Video- bzw. Audioübertragung eruiert werden und Erfahrungen anderer Kommunen bzw. kommunaler Spitzenverbände herangezogen werden, die ihre Sitzungen bereits in Echtzeit per Video/Audio übertragen.

31.12.2021



Antwort der Verwaltung

Zwischeninformation Oktober 2021:
 Der Hersteller des elektronischen Sitzungssystem ist mit der Entwicklung eines entsprechenden Tools für die Audio- und Videoübertragung beschäftigt. Es gilt, die ersten Tests abzuwarten.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	202/2020	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, b-now, SPD, Bündnis '90/Die Grünen, FWG-UBN und NBF/NBL zur Benennung des Platzes vor dem Bürgerhaus in Dr.-Walter-Lübcke-Platz	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Platz vor dem Bürgerhaus in Walter-Lübcke-Platz zu benennen. Walter Lübcke wurde am 2. Juni 2019 aufgrund seiner Überzeugung, seiner vorbildlichen Tugenden und seines Eintretens für die grundlegenden Prinzipien und Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinterrücks und kaltblütig von Rechtsextremisten ermordet. Ein furchtbares und unvorstellbares Verbrechen, das nach wie vor tief betroffen und fassungslos macht. Mit dieser Namensgebung wollen wir dazu beitragen, dass Walter Lübcke, sein Wirken und seine Verdienste für unser Land auch in Neu-Anspach nicht vergessen werden und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Denn Walter Lübcke ist und bleibt ein Vorbild für alle aufrichtigen Demokratinnen und Demokraten. Gleichzeitig soll mit der Umbenennung des Platzes auch symbolisch stellvertretend für all diejenigen, die bundesweit und in Hessen in den vergangenen Jahren durch rechtsextremen Terror umgekommen sind, ein Zeichen gesetzt werden.

31.12.2021

Antwort der Verwaltung Zwischeninformation Oktober 2021:
Der Ältestenrat hat in mehreren Sitzungen über das weitere Vorgehen beraten. Die Vorbereitungen gehen in die entscheidende Phase, damit eine Vorlage an die StaV erfolgen kann.
Der Ältestenrat befasst sich in seiner nächsten Sitzung am 16.12.2021 mit einem Beschlussvorschlag, welcher dann in die Gremien eingebracht werden soll.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	198/2020	Antrag der b-now-Fraktion zur Prüfung der Schaffung von potentiell geeigneten Versickerungsflächen für Niederschlagswasser	

Beschluss Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob potentiell geeignete Versickerungsflächen für Niederschlagswasser vorhanden sind. Ebenso soll geprüft werden, ob Retentionsflächen neu geschaffen bzw. bestehende Retentionsflächen ausgebaut werden können. Für Neubaugebiete soll geprüft werden, ob der Einbau von Rigolen, speziell unter versiegelten Flächen, in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden kann (u.U. verbunden mit der Reduzierung der Abgabe für versiegelte Flächen). Bei Bedarf sind externe Fachleute hinzu zu ziehen. Auch soll geprüft werden, ob Land oder Bund derartige Maßnahmen fördern.

31.03.2022

Antwort der Verwaltung Zwischeninformation Oktober 2021:
Die Thematik des Antrags wird bei der Erstellung der Hochwassergefahrenkarte im Jahr 2022 entsprechend berücksichtigt bzw. mit aufgenommen.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.50	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	230/2021	Antrag der NBL-Fraktion zur Erleichterung der Lebenssituation von behinderten Menschen II	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen:
1) eine Aktualisierung des Stadtführers „Barrierefreiheit“ (aktueller Stand 2015) vorzubereiten,
2) zu prüfen, ob die vorhandenen Toilettenanlagen auf den Friedhöfen für alle Besucher, zumindest in den Sommermonaten, geöffnet werden können,
3) eine gemeinsame Ortsbegehung von Bauausschuss und VdK vorzubereiten, um aufzuzeigen, wo Bürgersteige zu schmal und für Rollator-

31.12.2021

Rollstuhlfahrer nahezu unüberbrückbar sind.

Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Bürgermeister zu bitten, beim Ordnungsamt darauf hinzuwirken, dass bei der Parkraumüberwachung Schwerpunktkontrollen dahingehend unternommen werden, diese dort besonders nachhaltig durchzuführen, wo Parkverstöße auch zu einer Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer, insbesondere von Rollstuhlfahrern, Nutzern von Rollatoren oder Personen mit Kinderwagen führen (können).

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.50	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	236/2021	Antrag der SPD-Fraktion auf Entwicklung von Möglichkeiten zur Gestaltung eines fahrradfreundlichen Neu-Anspachs	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, Möglichkeiten unter Einbeziehung des ADFC sowie der ISEK-Arbeitsgruppe „Verkehr und Mobilität“ (weiter-) zu entwickeln, wie ein fahrradfreundliches Neu-Anspach gestaltet werden kann. In diesem Rahmen sollen in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderer der Stadt Neu-Anspach Fördermöglichkeiten für die Umsetzung eines Radwegenetzes eruiert werden. Denkbar wäre in einem zweiten Schritt aufbauend auf den Vorschlägen des Magistrates die Einrichtung eines Arbeitskreises „fahrradfreundliche Stadt“.	31.12.2021	<input type="checkbox"/>
-------------------------	---	------------	--------------------------

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	229/2021	Prüfantrag der NBL-Fraktion zur Erleichterung der Lebenssituation von behinderten Menschen I	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, folgendes zu überprüfen und in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten: 1) An welchen Bushaltestellen finden besonders häufig Verkehrsverstöße durch rechtswidriges Parken statt? Stehen diese Parkverstöße mutmaßlich im Zusammenhang mit der Andienung nahegelegener Altglascontainer, Kleidercontainer oder Briefkästen? 2) Unter welchen Voraussetzungen kann Neu-Anspach am Projekt „Modellregion Inklusion“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration teilnehmen? Welche Voraussetzungen müssten gegeben sein, um für Neu-Anspach einen Inklusionsbeirat zu gründen?	31.12.2021	<input type="checkbox"/>
-------------------------	--	------------	--------------------------

Antwort der Verwaltung

Antwort zur Frage 1:

Insgesamt wurden in Neu-Anspach in 2020 im ruhenden Verkehr 1517 Ordnungswidrigkeiten geahndet. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Parkverstöße auf Gehwegen, Parkscheibenregelung oder Missachtung von Haltverboten.

In Neu-Anspach wurde im letzten halben Jahr kein einziger Verstoß an einer Bußhaltestelle festgestellt und geahndet. Altglascontainer, Kleidercontainer oder Briefkästen sind nicht explizit auswertbar. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Kurzparker. Dauerparker sind selten, werden aber dann von den Entsorgungsfirmen mitgeteilt. Es wurden bei der Ordnungsbehörde keine Beschwerden oder Verstöße an diesen Örtlichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern gemeldet.

Antwort zur Frage 2:

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60 Stadtverordnetenversammlung 01.07.2021 232/2021 Antrag der NBL-Fraktion zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans 2040

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung siehe Bauausschuss 02.09.2021, TOP 2.5
 siehe Bauausschuss 27.10.2021, TOP 2.2
 siehe StaV 04.11.2021, TOP 2.10
 Auch der Ältestenrat befasst sich in seiner Sitzung am 16.12.2021 erneut mit diesem Thema.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021 242/2021			Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen auf Überarbeitung und Weiterentwicklung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes	
----	-----------------------------	---------------------	--	--	---	--

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, 31.12.2021

1) das bestehende Klimaschutzkonzept aufgrund veränderter Gegebenheiten und Anforderungen zu überarbeiten und sukzessive weiterzuentwickeln. Dabei sollen Maßnahmen und Projekte so vorangetrieben werden, dass die Stadt Neu-Anspach ihren Beitrag zur Erreichung des im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Zieles der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad °C leistet.
 2) Im ersten Schritt, aufgrund des am 17.06.2021 im Umweltausschuss vorgestellten Umwelt- und Klimaschutzbericht der Stadt Neu-Anspach (Stand: Mai 2021) eine Prioritätenliste zu erstellen, welche die für Neu-Anspach wichtigsten und dringendsten Maßnahmen zur Erreichung der o.g. Ziele aufzeigt und die kurz- und mittelfristig umsetzbar sind. Die Möglichkeit von Fördermaßnahmen sind generell zu prüfen und entsprechende Fördermittel sind zur Umsetzung von Maßnahmen zu beantragen.

Antwort der Verwaltung siehe Umweltausschuss 30.11.2021, TOP 2.2
 siehe StaV 16.12.2021, TOP 3.5

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

65	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021 228/2021			Antrag der NBL-Fraktion zur Sicherung der Trinkwasserversorgung	
----	-----------------------------	---------------------	--	--	---	--

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, beim Wasserbeschaffungsverband Usingen (WBV) einen 31.12.2021

jährlichen Sachstandsbericht zum Thema Wasserversorgung anzufordern. Dieser jährliche Sachstandsbericht ist im Bauausschuss sowie im Umweltausschuss zu beraten. Ziel dieser Maßnahme ist, dass die Stadtverordnetenversammlung regelmäßig umfassend zum Thema Wasserversorgung vom WBV informiert wird.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60	Stadtverordnetenversammlung	16.09.2021 310/2021			Anfrage I der SPD-Fraktion	
----	-----------------------------	---------------------	--	--	----------------------------	--

Beschluss Wir bitten den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung Auskunft über folgende Fragen zu geben: 16.12.2021

1. Wie viele Sozialwohnungen befinden sich derzeit in der Stadt Neu-Anspach?
 2. Wie viele dieser Sozialwohnungen fallen in den kommenden fünf Jahren aus der Sozialbindung heraus?

- 3. Gibt es Möglichkeiten, die Sozialbindung dieser Wohnungen zu verlängern?
- 4. Wurde bereits Kontakt mit der Gemeinnützigen Wohnungsbau aufgenommen, um die ausfallenden Wohnungskapazitäten zu kompensieren?
- 5. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, um in den kommenden Jahren ausreichend Sozialwohnungen im Stadtgebiet zu garantieren?
- 6. Wie viele Bedürftige befinden sich derzeit auf der Warteliste?

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	16.09.2021	308/2021	Antrag I der SPD-Fraktion	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit der Prüfung zu beauftragen, 31.03.2022
 1. ob auf dem Gelände oberhalb der Erzkaut sowie auf dem Gelände der Erdfunkstelle weitere Solarenergieanlagen errichtet werden können. Neben diesen beiden Flächen sollen auch sämtliche Flächen in der Gemarkung bei der Prüfung berücksichtigt werden. Auch sollen bei der Prüfung die Interessen und Belange der Landwirtschaft mit einbezogen werden.
 2. ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen von städtischer Seite eine Bürgerenergiegenossenschaft gegründet werden kann, mit deren Hilfe Bürgerinnen und Bürger Solarenergieanlagen privat installieren können. Diesbezüglich solle mit dem gemeinnützigen Verein, welcher bereits früher die Bürgersolaranlagen auf den Dächern im Deponiepark Brandholz initiiert hat, Kontakt aufgenommen werden.

Antwort der Verwaltung

Punkt 1:
 Punkt 2:
 siehe Umweltausschuss 30.11.2021, TOP 2.2
 siehe StaV 16.12.2021, TOP 3.5

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	16.09.2021	309/2021	Antrag II der SPD-Fraktion	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, an das Land Hessen zu appellieren, in der Hessischen Gemeindeordnung dafür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass Städte und Gemeinden rechtsverbindlich Satzungen zur Bürgerbeteiligung erlassen können. Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat mit der Erarbeitung eines Vorschlags zu beauftragen, worin der Wunsch der Stadtverordnetenversammlung nach mehr Transparenz in Entscheidungen von Bausachen berücksichtigt wird. Konkret sollen sämtliche Fälle nach § 34 BauGB dem zuständigen Fachausschuss in Zukunft vorgelegt werden, bevor entsprechende Stellungnahmen des Magistrats das Haus verlassen. Die Angelegenheit solle an den Bauausschuss delegiert werden, dieser spreche dann eine Empfehlung an den Magistrat aus. Darüber hinaus soll dies auch für die Fälle gelten, wo die Stadtverordnetenversammlung Bebauungspläne rechtsgültig beschlossen hat, welche bereits rechtskräftig geworden sind und binnen kürzester Zeit Antragsteller Befreiungen größeren Umfangs von den Festsetzungen dieses von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Bebauungsplanes beantragen. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung

Punkt 1:
 Punkt 2: siehe auch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen FWG-UBN und CDU zur Überweisung von Bauanträgen oder offiziellen Bauvoranfragen in den Bauausschuss, Antrag 360/2021, StaV 04.11.2021
 Der Ältestenrat befasst sich in seiner Sitzung am 16.12.2021 mit diesem Thema.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	04.11.2021	360/2021	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG-UBN und CDU zur Überweisung von Bauanträgen oder offiziellen Bauvoranfragen in den Bauausschuss	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag der Fraktionen FWG-UBN und CDU mit den mündlich eingebrachten Ergänzungen der NBL-Fraktion sowie den Inhalten aus der Debatte an den Ältestenrat zu überweisen. Im Ältestenrat soll eine Vorgehensweise festgestellt bzw. erarbeitet werden, worin sich alle Bausteine/Kriterien, welche gewünscht sind, wiederfinden und der Magistrat im Sinne einer praktikablen Durchführbarkeit ebenfalls zustimmen kann. Im Anschluss soll das Ergebnis aus dem Ältestenrat für eine rechtliche Überprüfung an den Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) weitergeleitet werden. Die Antwort soll dem Ältestenrat sowie dem Bauausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung Der Ältestenrat befasst sich in seiner Sitzung am 16.12.2021 mit diesem Thema.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	04.11.2021	359/2021	Antrag der SPD-Fraktion auf Prüfung zur Versetzung von Glascontainer/Kleidungscontainer	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat der Stadt Neu-Anspach mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Glascontainer und der Kleidungscontainer an der Bushaltestelle „Auf der Hochwiese“ an einen anderen Ort versetzt werden können. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung